

Antrag Nr. 12-F-08-0022

LiPi

Betreff:

Prioritätenliste Schulbaumaßnahmen
-Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 29.02.2012-

Antragstext:

Am 17. Februar 2011 hat die Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung einstimmig den Antrag „Prioritätenliste Schulbaumaßnahmen in der Landeshauptstadt Wiesbaden“ beschlossen (Beschluss Nr.0121).

Der Magistrat wurde damals beauftragt,

- (1) ein integriertes Planungs- und Entscheidungsinstrumentarium für den Schulbau und die Schulsanierungen zu entwickeln.
- (2) zunächst einen neutralen Gebäudezustandsbericht für alle Schulen in der Landeshauptstadt Wiesbaden zu erstellen.
- (3) eine Schulbauprioritätenliste zu erstellen. Die Prioritätenliste soll objektivierbare Kriterien beinhalten, die zwischen dringend bzw. kurz-, mittel- und langfristig zu veranlassenden Maßnahmen unterscheiden.
- (4) die schulpolitischen Aussagen des Schulentwicklungsplanes in der Prioritätenliste zu berücksichtigen.

Bis zur heutigen Sitzung wurde dieser Auftrag der Stadtverordnetenversammlung nicht erledigt trotz wiederholter Anmahnungen und (nicht eingehaltener) Zusagen der Dezernentin. Der Ausschuss für Schule und Kultur beschäftigte sich mit diesem unerledigten Auftrag u. a. in seiner Sitzung am 1. Dezember 2011 aufgrund eines Antrages, der dann mehrheitlich „durch Aussprache und die Zusage von Frau Stadträtin Scholz, schnellstmöglich die geforderten Informationen zur Verfügung zu stellen, erledigt“ wurde. Seitdem sind weitere 3 Monate verstrichen.

Frau Stadträtin Roselore Scholz hat es immer wieder abgelehnt einen konkreten Termin anzugeben, bis wann der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung endlich erledigt wird. Es wurde von ihr allerdings mehrfach zugesichert, dass die Prioritätenliste „rechtzeitig bis zu den Haushaltsberatungen“ vorliege.

Obwohl die Haushaltsanmeldungen der Fachämter bereits im ersten Halbjahr 2011 und die Anmeldungen der Ortsbeiräte in der Jahresmitte 2011 erfolgten und die Beratungen eines konkreten Haushaltsplanentwurfes im Magistrat und in den Fraktionen bereits seit Wochen stattfinden, liegen weder das „integrierte Planungs- und Entscheidungsinstrumentarium“ noch die von der Stadtverordnetenversammlung im Februar 2011 beschlossene Prioritätenliste bis heute vor.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Antrag Nr. 12-F-08-0022
LiPi

Der Magistrat wird aufgefordert, unverzüglich für die Erledigung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 17. Februar 2011 (Beschluss Nr. 0121) zu sorgen, damit eine sachgerechte Beratung des Haushaltsplanentwurfes für die Jahre 2012/2013 erfolgen kann.

Wiesbaden, 29.02.2012